



Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Stadtplanungsausschuss	07.04.2022	öffentlich	Beschluss

Betreff:

**Erstellung eines Katasters zur Erfassung von Ver- und Entsiegelungen
Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 16.02.2022**

Anlagen:

Antrag_Ver- und Entsiegelung_Grüne
Entscheidungsvorlage

Sachverhalt (kurz):

Um der weiteren Versiegelung in der Stadt entgegenzuwirken, wird die Einführung eines Katasters zur Erfassung von Ver- und Entsiegelungen beantragt. Entwickelt werden soll eine Strategie, um durch sinkende Neuversiegelung und steigende Entsiegelung sowie basierend auf Tabuflächen eine Netto-Null-Versiegelung im Stadtgebiet erreichen zu können.

Die Verwaltung legt dar, dass die Umsetzung des beantragten Vorgehens mit unverhältnismäßig hohem Personalaufwand einhergehen würde. Beschlossen werden soll die Prüfung einer externen Unterstützung, auf deren Grundlage das weitere Vorgehen entschieden werden kann.

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
s. Beschlussvorschlag: Als Grundlage für die Entscheidung des weiteren Vorgehens prüft die Verwaltung die Möglichkeiten und Voraussetzungen (u.a. Kosten) für ein katasterbasiertes Monitoring ver- und entsiegelter Flächen.

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)
- Ja
- Kosten noch nicht bekannt
- Kosten bekannt

Gesamtkosten

€

Folgekosten

€ pro Jahr

- dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ *weiter bei 3.*)
 Ja
 Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
 Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
 Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Die Begrenzung der Versiegelung dient der Resilienz der Stadt und damit der gesamten Stadtbevölkerung.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
 Ref. III
 3. BM
 BgA/SE

Beschlussvorschlag:

Der Stadtplanungsausschuss beauftragt die Verwaltung, die Möglichkeiten und Voraussetzungen (u.a. Kosten) für ein katasterbasiertes Monitoring ver- und entsiegelter Flächen zu prüfen. Auf dieser Grundlage soll über das weitere Vorgehen entschieden werden.